

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 774

Mittwoch, 1. März 2023

30. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Nur ein Fehler des Obersten Gerichtshofes bei der Eintragung der Kandidat*innen der MLP?.....	1
Innenministerium: Demonstrationen bedrohen den Wahlprozess.....	2
Die Blockaden zur Unterstützung von MLP und Rodas nehmen zu, aber ob sie auch helfen?.....	2
Kommentar von Juan José Narciso Chúa in La Hora: Die Beerdigung der Demokratie?.....	3
El Estor: Die Arbeiter*innen von CGN-PRONICO fordern Arbeitsrechte.....	3
CC urteilt zum Vorteil von General José Mauricio Rodríguez Sánchez und spricht ihn frei.....	4
Widerstand an der USAC: "Sie versuchen, uns Angst zu machen - mit allen Mitteln".....	5
Das Durchschnittseinkommen liegt unterhalb des Mindest-Lebensstandards.....	6

## Nur ein Fehler des Obersten Gerichtshofes bei der Eintragung der Kandidat\*innen der MLP?

**Guatemala, 24. Februar** - Am 23. Februar forderte der Oberste Gerichtshof (CSJ) das Verfassungsgericht (CC) auf, einen Fehler zu korrigieren, den er bei der Entscheidung über die Berufung zur Registrierung der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidat\*innen Thelma Cabrera und Jordán Rodas für die Wahlen im Jahr 2023 gemacht hatte.

Der Fehler des Obersten Gerichtshofs besteht darin, dass er die gesetzlich vorgeschriebene Frist für das Beweisverfahren nicht eingehalten hat, innerhalb derer die betroffenen Parteien ihre Beweise vorlegen müssen, damit der Oberste Gerichtshof auf dieser Grundlage eine endgültige Entscheidung treffen kann. Nun muss der Oberste Gerichtshof den Fall prüfen und innerhalb einer unbestimmten Zeitspanne antworten. Da es sich jedoch um einen Fall aus dem diesjährigen Wahlprozess handelt, wird erwartet, dass der Oberste Gerichtshof den Fehler so schnell wie möglich korrigieren wird.

Die politische Partei Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) reichte beim Obersten Wahlgerichtshof (CSJ) eine einstweilige Verfügung gegen das Oberste Wahlgericht (TSE) ein, weil es sich geweigert hatte, ihren Präsidentschaftskandidaten zu registrieren, da die notwendige Steuerabrechnung des Vizepräsidentschaftskandidaten Jordán Rodas angeblich Gegenstand einer Beschwerde war, was bedeutet, dass sie nicht mehr gültig ist.

Der CSJ räumte den Fehler ein und forderte den CC auf, ihn zu korrigieren, damit das Verfahren fortgesetzt werden könne. Dieser 'Fehler' lässt den Verdacht aufkommen, dass das Einspruchsverfahren verzögert werden soll, um die MLP-Kandidat\*innen nicht zu registrieren; ausserdem würde das TSE von jeglicher Verantwortung befreit.

Nach Ansicht von Santiago Choc von der Vereinigung der Maya-Anwält\*innen hat das Gericht die gesetzlich vorgeschriebenen Schritte "übersprungen" und damit das Recht der beteiligten Parteien, Beweise vorzulegen, untergraben. "In Wahlangelegenheiten sind die Fristen sehr kurz, in weniger als fünf Tagen sollte der Oberste Gerichtshof antworten, damit das Verfahren ohne Schaden für die Parteien fortgesetzt werden kann", so Choc. Er fragt sich "Wie kann ein Gericht mit viel Erfahrung einen solchen Fehler machen? So etwas kann man nur tun, wenn man eine Absicht hat".

Gustavo Maldonado, Anwalt der MLP, sagte seinerseits, dass die Beweisfrist, die der CSJ im Prozess ausgelassen hat, entbehrlich sei, da die Beweise in den bereits vorgelegten Akten, in den vorgebrachten Indizien enthalten seien. (...) Derzeit wartet der von der MLP eingeleitete Prozess auf seine Fortsetzung vor dem CC, die sich auf das Prinzip der schnellen Justiz berufen hat, um die Registrierung ihrer Präsidentschaftskandidat\*innen vor Ablauf der Frist zu erreichen (Prensa Comunitaria).

## Innenministerium: Demonstrationen bedrohen den Wahlprozess

**Guatemala, 24. Februar** - Die Staatsanwaltschaft (MP) und das Innenministerium (Mingob) haben an diesem Freitag einen hochrangigen interinstitutionellen Ausschuss für die Sicherheit der Wahlen eingesetzt. Bei deren Vorstellung bezeichnete der Innenminister, David Napoleón Barrientos, die Demonstrationen der politischen Gruppen als "Bedrohung" für den Wahlprozess. Laut Barrientos ist "eine der Bedrohungen, die es gibt, dass einige der politischen Gruppen, die sich nicht registrieren lassen konnten, weil sie sich nicht an die geltenden Vorschriften des Landes gehalten haben, diese Atmosphäre der Angst erzeugen", sagte er. Aus diesem Grund forderte der Leiter des Innenministeriums die politischen Gruppierungen auf, die geltenden Vorschriften des Landes zu respektieren, die gesetzlich festgelegten Anforderungen zu erfüllen und keine weitere Polarisierung zu erzeugen. "Die Wahrheit ist, dass dies nicht zur Stärkung der Demokratie beiträgt, um die es in diesem Prozess geht", so Barrientos.

### Runder Tisch zu Konflikten

Der Innenminister betonte auch, dass es einen technischen Ausschuss gebe, der die Konflikte analysiert und in dem der Direktor der Präsidentschaftskommission für Frieden und Menschenrechte (Copadeh), Ramiro Contreras, eingebunden wurde. Barrientos wies darauf hin, dass Copadeh auf Ersuchen von Präsident Alejandro Giammattei der Kommission beigetreten sei und dass diese Institution damit die Konflikte im ganzen Land wesentlich vollständiger erfassen könne. Er fügte hinzu, dass die verschiedenen Institutionen des interinstitutionellen Runden Tisches die Informationen über Konflikte weitergegeben hätten, sodass nach dem Beitritt von Copadeh alle notwendigen Details zusammengeführt werden könnten. Darüber hinaus betonte er, dass während des interinstitutionellen Rundtischgesprächs bekannt wurde, dass die Konflikte im Vergleich zu den Wahlen von 2015 und 2019 um 35 % zurückgegangen seien.

In diesem Zusammenhang weist die Oberste Staatsanwältin Maria Consuelo Porras den Vorwurf zurück, ihre Behörde sei an den politischen Machenschaften beteiligt und verweist nur darauf, dass es "unsere Aufgabe ist, zu ermitteln, damit danach Entscheidungen getroffen werden können."

### Weiterhin gibt es Blockaden, um gegen die nicht zugelassenen Kandidaturen der MLP zu protestieren

Gruppen, die mit dem Komitee für die Entwicklung der Bäuer\*innen (Codeca) verbunden sind, haben aufgrund der Weigerung des Obersten Wahlgerichts (TSE), die von Thelma Cabrera und Jordán Rodas gegründete Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP) zu registrieren, verschiedene Blockaden durchgeführt.

Der Generalsekretär der MLP, Cirilo Pérez, leugnete gegenüber La Hora, dass diese Mobilisierungen von der politischen Fraktion initiiert wurden, doch die MLP und Rodas haben diese Aktionen de facto gebilligt und die Blockaden gerechtfertigt. (La Hora)

## Die Blockaden zur Unterstützung von MLP und Rodas nehmen zu, aber ob sie auch helfen?

**Guatemala, 24. Februar** - Die jüngsten Strassenblockaden von Mitgliedern des Codeca wegen der Nichtzulassung der Präsidentschaftskandidat\*innen der Partei Movimiento para la Liberación de los Pueblos (MLP) haben eine Debatte über diese Aktionen und ihre möglichen Folgen ausgelöst.

Von La Hora befragte Analyst\*innen wiesen darauf hin, dass zu den Risiken solcher Aktionen die Polarisierung und Delegitimierung der Wahlen gehören und dass sowohl die Organisator\*innen als auch die Partei dessen Folgen zu spüren bekommen könnten. Es ist erwähnenswert, dass sowohl die politische Gruppierung als auch Jordán Rodas versicherten, dass sie nicht zu den Demonstrationen aufgerufen hatten, aber die Aktionen befürworteten und rechtfertigten. (...)

### Eddie Cux: Die Verantwortung liegt bei den Institutionen

Eddie Cux von der Aktion der Zivilgesellschaft (AC) bedauerte die Radikalität der Aktionsform der Strassenblockade, da es nicht nur die Durchreisenden, sondern die Bevölkerung im Allgemeinen betreffe. Er bekräftigte jedoch, dass diese Aktionen die einzigen seien, auf die der Staat reagiere, insbesondere für die bäuerliche und indigene Bevölkerung. "Ich glaube, dass ein grosser Teil der Verantwortung nicht nur bei den Parteianhänger\*innen liegt, sondern auch bei den Institutionen, die nicht wirklich für Rechtssicherheit sorgen, insbesondere das Oberste Wahlgericht (TSE). Vielleicht ist es nicht die geeignetste Aktionsform, aber der grösste Teil der Verantwortung liegt bei den Institutionen", betonte er.

### Luis Mack: Es besteht die Gefahr einer Polarisierung

Luis Mack, ein unabhängiger Analyst, sagte, es bestehe die Gefahr der Polarisierung und Delegitimierung des Wahlprozesses, "da die grundlegenden Fragen, die aufgeworfen werden, darin bestehen, dass es einen fehlerhaften Wahlprozess gibt, der nicht die Gefühle der Bevölkerung repräsentiert. Wenn die Menschen dazu neigen, dies zu glauben, ist der Wahlprozess als Ganzes bereits delegitimiert", sagte er. (La Hora)

## Kommentar von Juan José Narciso Chúa in La Hora: Die Beerdigung der Demokratie?

**Guatemala, 22. Februar** - Die "glücklichen Wahlen", wie Juan José Arévalo sie zu nennen pflegte, sind keine mehr. Es sind gar keine Wahlen, schon gar keine glücklichen. Im Gegenteil, der Wendepunkt, an dem wir uns jetzt befinden, erzeugt nur Enttäuschung, Unsicherheit und Unbehagen. Der Prozess der eingefrorenen Demokratie, der kooptierten Demokratie oder der gelenkten Demokratie zeigt seine schlimmsten Seiten, da wir uns in einem Zusammenbruch der Demokratie befinden, der uns möglicherweise zu einem "langfristigen Projekt" führt, um die Kontinuität der gleichen Politiker\*innen aufrechtzuerhalten, die vom Ex-Militär und konservativen Geschäftsleuten unterstützt werden.

All dies soll unter einem "Deckmantel der Legalität" geschehen, den es in Wirklichkeit nicht gibt, denn schliesslich wurden alle Gegengewichte des Staates offen "übernommen", um sicherzustellen, dass sie den gesamten Staat und natürlich auch die Wahlen kontrollieren können. Die Zulassung von Kandidat\*innen mit einer undurchsichtigen Vergangenheit oder mit geringen Verbindungen ist eine Konstante, während die MLP abgelehnt wird, weil sie eine wichtige Kraft für Veränderung und Wandel ist.

In diesem Strudel der Ereignisse, in denen Personen, die wegen anderer Straftaten inhaftiert waren, freigelassen werden oder Bewährungsstrafen erhalten, werden Straftaten gestrichen, um die Strafe zu verringern, oder es werden unbegründete Anschuldigungen vorgebracht, damit der\*die zuständige Richter\*in erklären muss, dass keine ausreichenden Beweise vorliegen, um das Verfahren fortzusetzen, oder sie freisprechen muss.

Ein grauer, teilnahmsloser [neuer] Ombudsmann für Menschenrechte versucht jede Aktivität, die den aktuellen Status Quo in Frage stellt, auszuschliessen. Ihn einzusetzen, wurde als unverzichtbar angesehen. Und so brachte er mit einer Beschwerde gegen Rodas einen Verwaltungsprozess in Gang – so wie es ein ehemaliger Oberster Rechnungsprüfer [im vergangenen Wahlverfahren mit Thelma Aldana getan hatte. All das, um die Kandidatur von Jordán Rodas zu verwerfen. Ich sehe keine Möglichkeit, dieses Chaos zu lösen.

Die guatemaltekische Gesellschaft befindet sich in einer andauernden und verschärften Krise während dieser beiden letzten Regierungsperioden, die die freie Ausübung des Wählens und Gewähltwerdens untergräbt, eine politische Opposition nicht akzeptiert und die dafür gesorgt hat, dass dieser schwarze Wahlprozess verhindert, auszuwählen und nicht nur zu wählen, wie mein Freund Edgar Gutiérrez zu Recht betont.

Denn Auswählen und Abstimmen sind unterschiedliche Konzepte. Im ersten Fall gibt es alternative Persönlichkeiten und Parteien mit unterschiedlichen Ideologien, die mit einer grossen Gruppe konservativer Parteien konkurrieren können, die versuchen, sich die Unterstützung für die Kontinuität zu sichern, und zwar genau mit der offiziellen Partei und der Unterstützung des Regimes, den Unternehmensgruppen, die von diesem Desaster profitiert haben und sich wohlfühlen, wenn sie ihre Privilegien beibehalten können. Den Ex-Militärs, die genau wissen, wie die Fäden der Macht gezogen werden und einigen fundamentalistischen Pastor\*innen, die ebenfalls Privilegien geniessen. So wie die Dinge heute stehen, führt das Wählen zu gar nichts, denn wer auch immer gewählt wird, ist Teil dieses mafiösen Arrangements.

Die politische Arena ist nach wie vor voller Schmutz, voller Abfälle, voller skrupelloser Menschen, die sich unrechtmässig bereichern wollen. Es gibt auch viele "Profis", die Almosen annehmen, die sich Positionen sichern, die in verschiedenen Bereichen präsent sind, solche, die sich schon immer verkauft haben, und andere, die sich sanftmütig an eine\*n Konkurrent\*in verkauft haben. Das politische Spektrum ist ein fatales Miasma.

Widerstand und echte Opposition ist die einzige Möglichkeit, die uns bleibt, wohl wissend, dass wir gegen "Windmühlen" kämpfen, aber Sie als Bürger\*in müssen sich informieren, genau wissen, wer vorne steht, wer hinten steht, wer sich jeden Tag unbefleckt von Demokratie fühlt, aber auf die Kontinuität eines politischen Projekts abzielt, das unser zerbrechliches soziales Gefüge weiter zerstören wird. Die Wahlen, wie sie uns heute präsentiert werden, sind nichts weiter als der erste Schritt zur Beerdigung der Demokratie und zum Ende unserer Gesellschaft. (La Hora)

## El Estor: Die Arbeiter\*innen von CGN-PRONICO fordern Arbeitsrechte

**El Estor, 23. Februar** - Dutzende von Beschäftigten der Nickelverarbeitungsanlage von CGN-PRONICO in El Estor, Izabal, gingen am Mittwochmorgen zu den Personalbüros des Bergbauunternehmens, um ihre Arbeitsrechte einzufordern. Die Verarbeitungsanlage und ihre Mitarbeiter\*innen unterstehen dem transnationalen Unternehmen Solway und sind derzeit im Rahmen des Fénix-Bergbauprojekts tätig. Dieses wurde zwar 2019 vom Verfassungsgericht ausgesetzt, aber das transnationale Unternehmen hat sich nicht an das Urteil gehalten und arbeitet bis heute weiter.

Die Arbeiter\*innen befinden sich seit Ende 2022 in einem unsicheren Arbeitsverhältnis, nachdem das Bergbauunternehmen im November 2022 von den Vereinigten Staaten in Anwendung des Magnitsky-Gesetzes sanktioniert wurde, weil es im Gegenzug für die Unterstützung russischer Bergbauinteressen Bestechungsgelder an Politiker\*innen, Richter\*innen und Regierungsbeamten\*innen gezahlt hatte. Die Beschäftigten sagten, dass sie seit Dezember letzten Jahres keine Lebensversicherung mehr erhalten hätten, dass sie ihre ausstehenden Löhne nicht erhalten hätten und dass ihre Arbeits-

plätze nicht sicher seien. Daraufhin verlangten sie vom Leiter der Personalabteilung Aufklärung über die Vorgänge, da einige aus der Personalverwaltung ihnen gesagt hätten, sie müssten sechs Monate lang ihr Arbeit ruhen lassen, während anderen mitgeteilt wurde, dass die Wechselschichten zukünftig gestrichen würden.

Während der improvisierten Versammlung vor dem Firmengelände bestand der Vertreter der Bergbaugesellschaft darauf, dass sie ihr Kündigungsschreiben vorlegen müssen, wenn sie entlassen werden wollten. "Das ist ein legales Verfahren – hier und überall in Guatemala", "Ohne Kündigungsschreiben kann man ihnen keine Abfindung zahlen", sagte einer der Manager. Er fügte hinzu, dass CGN-PRONICO von den Vereinigten Staaten durch das Magnitsky-Gesetz sanktioniert worden sei. Dieses Gesetz kontrolliere die Finanzbewegungen, sagte er. "Deshalb ist unser Hauptproblem eine Frage der Banken und Finanzabteilung. Das bedeutet nicht, dass die Lizenzen annulliert werden; in den sozialen Netzwerken heisst es auch, dass 'sie bereits sanktioniert wurden und nicht mehr arbeiten können', das ist falsch," betonte er.

Auf die Frage der Arbeitnehmer\*innen, warum das Unternehmen den Betrieb nicht einstellt, wenn die Sanktion mehr als drei Monate zurückliegt, erklärte er, dass es immer alternative rechtliche Mechanismen gebe, mit denen ein minimaler Betrieb möglich ist". Die sichtlich aufgebrachten Arbeiter\*innen riefen, dass sie mit oder ohne Bergbau immer etwas zu essen haben werden, da sie immer irgendetwas arbeiten werden. "Ich werde Ihnen nicht sagen, dass wir vor Hunger sterben werden", sagte einer von ihnen und bestand darauf, dass das Unternehmen seine Unterstützung konsequent fortsetzen solle.

Ein anderer Arbeiter erinnerte sich daran, dass das Bergbauunternehmen in einer Krise Menschen zu Demonstrationen transportierte und sie dabei Stunden verloren. "Jetzt müssen sie uns unterstützen und zu unseren Wechselschichten zurückkehren, das ist alles". Es wäre etwas anderes, wenn es sich um ein betriebliches Problem handeln würde, wenn ein Kessel explodiert wäre oder ein\*e Arbeiter\*in etwas kaputt gemacht hätte: "Aber wir sind nicht daran beteiligt, wir werden nicht unser Geld für etwas riskieren, das uns nicht gehört. Es handelt sich um ein betriebliches Problem, ein administratives Problem", stellte er fest.

Seit Ende Januar berichtet Prensa Comunitaria über die Unruhen der Arbeiter\*innen wegen der Verringerung des Betriebs und Gerüchten über eine mögliche Änderung des Namens und des Eigentums an der Mine. Die Verärgerung konzentriert sich auch auf die Art und Weise, wie der von CGN gegründete Verband Asociación de Mineros Solidaristas de El Estor (AMSE) die Zahlungen an die einzelnen Beschäftigten verwaltet, ihnen aber ihre Leistungen oder Löhne nicht zurückgibt. Wenn sie sich beschwerten, werden sie sogar von Unternehmensvertreter\*innen bedroht, sagten sie.

Der Geschäftsführer versuchte erfolglos, die Diskussion über das Problem zu lenken, indem er erklärte, die Verantwortung für die Krise liege bei der guatemaltekischen Regierung und nicht bei dem Unternehmen auf internationaler Ebene. Die Arbeiter\*innen entgegneten, dass diese Regierung in der Tat eine der korruptesten ist, aber dass diese Korruption nicht in ihrer Verantwortung als Arbeitnehmer\*innen liege.

### **"Die Arbeiter\*innen müssen rechtliche Schritte einleiten".**

In einem Interview mit Prensa Comunitaria wies der Anwalt Rafael Maldonado darauf hin, dass es einen Arbeitskonflikt gebe, weil das Unternehmen die Arbeitsverträge verletze, indem es die Leistungen, die die Arbeiter\*innen verdienten, reduziere. "Dies lässt den Arbeitnehmer\*innen den Weg offen, das Unternehmen zu verklagen". Maldonado rät den Betroffenen, nicht zu kündigen, wie es das Unternehmen vorschlägt. Es gibt im Arbeitsgesetzbuch Bestimmungen, die sie vor dem Arbeitsgericht geltend machen können, wie z. B. die ungerechtfertigte Entlassung, mit der sie Anspruch auf alle ihre Leistungen hätten.

"Es ist offensichtlich, dass das Unternehmen eine Verantwortung trägt. Ich habe gehört, dass sie durch das Magnitsky-Gesetz sanktioniert wurden und dass sie infolgedessen ihre Konten im Ausland eingefroren haben. Ob das der Fall ist oder nicht – eindeutig ist, dass dies nicht in der Verantwortung der Arbeitnehmer\*innen liegt, sondern des Unternehmens, also müssen sie ihre Arbeitsbedingungen aufrechterhalten", sagte er. Laut Maldonado darf man nicht vergessen, dass das Unternehmen in den Jahren, in denen es in El Estor tätig war, Milliarden von Dollar verdient hat. "Die Arbeiter\*innen sollten vor Gericht gehen und die Zahlung ihrer Löhne, Sozialleistungen und aller ihnen zustehenden Arbeitsrechte fordern", schloss er. (Prensa Comunitaria)

## **CC urteilt zum Vorteil von General José Mauricio Rodríguez Sánchez und spricht ihn frei**

**Guatemala, 24. Februar** - Die Richter\*innen des Verfassungsgerichts (CC) lehnten eine Klage des Zentrums für rechtliche Menschenrechtsaktionen (CALDH) ab, die darauf abzielte, die Entscheidung des Hochrisikogerichts "B", das den im Völkermordfall von Ixil angeklagten pensionierten General José Mauricio Rodríguez Sánchez freigesprochen hatte, abzuändern. Die Klage richtet sich gegen die Strafkammer des Obersten Gerichtshofs (CSJ), die eine Kassationsbeschwerde gegen das erste Gericht, das die Entscheidung, mit der der Offizier für unschuldig erklärt wurde, aufrechterhalten hatte, nicht zugelassen hat. Der Grund für die Nichtanhörung der Kassationsbeschwerde war, dass nach Ansicht der Kammer Fehler in der Vorgehensweise vorlagen.

CALDH erklärte: "Die betreffende Rechtsinstanz hat ihre Befugnisse überschritten, da sie willkürlich und rechtswidrig beschlossen hat, die Frist für die Korrektur der damals vorgebrachten Gründe nicht zu gewähren, und zwar mit dem Argument, dass es sich nicht nur um einen Fehler, sondern auch um ein rechtliches Kriterium handle, das die Begründetheit der Anfechtung vorwegnehme".

In der Zwischenzeit hat sich auch die Staatsanwaltschaft (MP) gegen den Beschluss ausgesprochen, mit dem die Berufungen zurückgewiesen wurden und die Gewährung des Einspruches beantragt. "Mit dem Erlass des fraglichen Gesetzes wurden schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen impliziert, die den Zugang zur Justiz für die Kläger\*innen und die Opfer der Massaker einschränken".

Trotz der Argumente der Staatsanwaltschaft und der Kläger\*innen in diesem Fall, vertrat das höchste Gericht die Auffassung, dass die Entscheidung der Strafkammer nicht fehlerhaft gewesen sei. "Das Gericht stellt fest, dass die Strafkammer die ihr übertragenen Aufgaben auf Grundlage der in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten Anforderungen und Grenzen ausgeführt hat, ohne dass ersichtlich war, dass sie die Formen des Verfahrens verändert hat, da es aus den genannten Gründen nicht möglich war, Kenntnis vom Inhalt der Anforderungen zu erhalten", so das Gericht.

### **Straffreiheit**

Die Überlebenden des Völkermords an der Maya-Ixil-Bevölkerung haben sich an verschiedene Instanzen gewandt, um die Entscheidung des Gerichts, das die Militärs 2018 freigesprochen hatte, aufzuheben. Mit dem Beschluss des CC wird dies jedoch nicht mehr möglich sein. (...)

### **Massaker**

Im Prozess legte die Menschenrechtsstaatsanwaltschaft die Aussagen von 141 Zeug\*innen, historische, militärische und psychosoziale Gutachten sowie 66 forensisch-anthropologische Gutachten vor, unter anderem zu Exhumierungen, militärischen Plänen, ballistischen Beweisen und Totenscheinen. Im Rahmen der Ermittlungen konnte die Staatsanwaltschaft feststellen, dass zwischen 1982 und 1983 etwa 1.771 indigene Menschen ermordet wurden. Die Untersuchung weist auf 31 Massaker und 23 Gemeinden hin, die während des internen bewaffneten Konflikts in Guatemala von Teilen der Armee dem Erdboden gleichgemacht wurden. (Prensa Comunitaria)

## **Widerstand an der USAC: "Sie versuchen, uns Angst zu machen - mit allen Mitteln"**

**Guatemala, 23. Februar** - In den sozialen Netzwerken kursiert eine Veröffentlichung, die sich auf eine einstweilige Verfügung zugunsten des Anwalts Marco Vinicio Mejía bezieht, die offenbar die Verhaftung und Räumung von Studierenden anordnet, die Teil des universitären Widerstands an der Universidad de San Carlos de Guatemala (USAC) sind und sich gegen die Einsetzung von Walter Mazariegos als Rektor wenden.

Einer der Koordinatoren des friedlichen Widerstands an der USAC erklärte, dass man sich dieser Aktionen und Veröffentlichungen in den sozialen Netzwerken bewusst sei und der Meinung sei, dass diese Teil einer Strategie seien, um Angst zu erzeugen. "Leider gibt es einige, die versuchen, ein psychologisches Spiel der Angst zu spielen. Uns allen, die wir im Kampf für die Verteidigung der universitären Autonomie stehen, sind uns der damit verbundenen Risiken bewusst. Wir sind auf diese Angriffe vorbereitet", sagte der Student, der es bevorzugt, anonym zu bleiben.

Der Student sagte, man wolle den Widerstand "brechen", wobei das Hauptziel der zentrale Campus der Universität sei. "Sie platzieren eine Reihe von Spekulationen, bei denen sie uns glauben lassen wollen, dass die Räumung unmittelbar bevorsteht und sie alle rechtlichen Möglichkeiten haben, sie durchzuführen", fügte er hinzu. "Wir sind aber beruhigt, denn es handelt sich lediglich um eine einstweilige Verfügung gegen einen Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft (MP). Wir haben Informationen erhalten, dass diese Staatsanwält\*innen nicht mehr zuständig sind, weil das in den Beschwerden genannte Verbrechen nicht unter die Definition der Besetzung fällt", fügte er hinzu. Die Person, die die einstweilige Verfügung eingereicht hat, ist der Professor des ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales. Er ist auch einer der Professoren, die Walter Mazariegos unterstützen. Er ist derzeit Direktor des Instituts für nationale Probleme der Universität San Carlos (IPNUSAC).

### **Ein von den USA sanktionierter Richter**

Der Richter, der die einstweilige Verfügung gegen den Anwalt Mejía erlassen hat, steht derzeit auf der Liste der korrupten Akteure in den Vereinigten Staaten. Es handelt sich um Geilser Pérez, gegen den ebenfalls ein Antrag auf ein Ermittlungsverfahren im Fall der Parallelen Kommissionen 2020 gestellt wurde. Pérez, Richter am Dritten Strafgerichtshofs, war auch derjenige, der die Haftbefehle genehmigte und die ersten Fälle gegen ehemalige Anti-Korruptions-Staatsanwälte verhandelte, wie die ehemalige stellvertretende Leiterin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), Siomara Sosa, und die ehemalige Leiterin der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), Leyli Santizo. Einige der befragten Anwält\*innen sagten auch, dass der Einspruch lediglich die Anordnung einer Untersuchung bedeutet, nicht aber, dass die Student\*innen, die weiterhin friedlich Widerstand leisten, verhaftet oder vertrieben werden sollen. (Prensa Comunitaria)

## Das Durchschnittseinkommen liegt unterhalb des Mindest-Lebensstandards

**Guatemala, 23. Februar** - Nach den Ergebnissen der Nationalen Erhebung über Beschäftigung und Einkommen 2022 (ENEI 2022), lag das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten im vergangenen Jahr bei 2.849,50 Q (= 337,59 €), was unter dem aktuellen Mindestlohn und definitiv unter den Kosten für den Grundnahrungsmittelkorb liegt. Im Vorjahr lag der gesetzlich festgesetzte Mindestlohn in der Landwirtschaft bei 3.122,55 Q (= 369,94 €), im nicht-landwirtschaftlichen Bereich bei 3.209,24 Q (= 380,21 €) und bei Export- und Maquila-Tätigkeiten bei 2.954,35 Q (= 350 € inkl. der Anreizprämie von 250 Q = 29,62 €). (...) Trotz dieser Daten sagte Hugo Allan Garcia, stellvertretender technischer Leiter des Nationalen Statistikinstituts (INE), das die Erhebung durchführte, dass das durchschnittliche Arbeitseinkommen im Vorjahr mit den 2.849,50 Q einen Anstieg erlebt habe, denn 2021 habe dieses bei 2.207 Q (= 261,47 €) gelegen, 2018 und 2019 bei 2.260 (= 267,75 €) und 2.429 Q (= 287,77 €). Im Jahr 2020 wurde wegen der Covid-19-Pandemie keine Erhebung durchgeführt. (...)

### Es gab einen "Sprung"

Fredy Gómez, Direktor des Beratungsunternehmens Cardinal, betonte, dass die Ergebnisse des durchschnittlichen Arbeitseinkommens in der letzten Erhebung eine Variable sei, die Aufmerksamkeit erzeuge, weil die gemeldeten 2.849,50 Q (= 337,59 €) eine sehr hohe Veränderung im Vergleich zu 2021 und den Vorjahren bedeuteten. Und er argumentiert, dass wir mit dieser Entwicklung begonnen hätten, die "zweite Runde der Inflation" zu sehen. Das bedeute, dass das Einkommen bereits als Reaktion auf die Inflation steigt. "Es ist jedoch zu bedenken, dass es sich bei den von INE veröffentlichten Zahlen um einen nationalen Durchschnitt handelt." Betrachte man jedoch die einzelnen Sektoren, so zeige sich, dass angesichts des Arbeitskräftemangels im Kaffee- und Bausektor der Tageslohn gestiegen sei. Da es sich um Sektoren handelt, in denen viele Menschen arbeiten, sei es möglich, dass sich dies stärker auswirkt als bei anderen Tätigkeiten und Berufen, wie z. B. im Management oder bei technischen Aufgaben. "Wir stellen fest, dass die Einkommen gestiegen sind, aber auch die Inflation steigt".

Luis Linares, Analyst bei der Vereinigung für Forschung und soziale Studien (Asies), wies darauf hin, dass der Rückgang des nationalen Durchschnittseinkommens im Jahr 2021 im Vergleich zu den Ergebnissen von 2019 durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu erklären ist, wenn man berücksichtigt, dass es 2020 keine Erhebung gab. Er stimmte jedoch mit Gómez überein, dass der Sprung auf 2.849,50 Q sehr hoch sei und nicht mit dem jährlichen Trend übereinstimmt, der sich seit mehreren Jahren in den Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung widerspiegelt, so dass "etwas sehr Bedeutendes auf dem Arbeitsmarkt geschehen sein muss, um einen so grossen Anstieg zu erreichen".

### Weitere interessanten Einkommensdaten

(...) Während laut ENEI 2022 die Staatsbediensteten ein Durchschnittseinkommen von 4.813,80 Q (= 570,90 €) aufweisen, stieg das der Privatangestellten auf 2.929,10 Q (= 347,00 €). Der starke Rückgang im Jahr 2021 betraf die nicht-landwirtschaftlichen Selbstständigen, erklärt Linares, denn von 2019 bis 2021 sank es von 2.318 Q (= 274,62 €) auf 1.615 Q (= 191,33 €). Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Menschen aufgrund von Arbeitsplatzverlusten oder sinkenden Familieneinkommen nach anderen Optionen suchen mussten und das Angebot an Dienstleistungen im informellen Sektor (schätzungsweise mehr als 600.000 Personen) zunahm, obwohl der Markt gleich gross blieb.

Der Analyst fügte hinzu, dass nur das Durchschnittseinkommen der landwirtschaftlich Selbstständigen 2021 nicht sank, da die Lebensmittelproduktion wie auch die Nachfrage gleich blieb. Obwohl die Zahl der Arbeitnehmer\*innen stieg, änderte sich das Durchschnittseinkommen nicht.

Im Jahr 2022 betragen das Durchschnittseinkommen für Selbstständige 2.877,40 Q (= 340,89 €) und für nicht-landwirtschaftlichen Selbstständige 2.669,20 Q (= 316,23 €), so die INE-Daten. (Prensa Libre)

### ¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)  
12.

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

### Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6